Letztlich wäre es aus meiner Sicht genauso hilfreich, den Bereich „Decision Support Systems (DSS)" als Instrument zur Integration von Wissensbeständen genauer zu untersuchen. Es erstaunt nämlich, dass diese DSS vielfach entwickelt werden, in der täglichen Praxis aber (bspw. der umweltbezogenen Verwaltung) nur sehr selten eingesetzt werden. Eine letzte Anregung bezieht sich auf einen gänzlich anderen Bereich: Es könnte sinnvoll sein, dass planerische bzw. raumordnerische Instrumentarium als eine weitere Möglichkeit der Wissenssynthese bzw. -integration anzusehen. Gerade moderne Varianten der Raumplanung haben oftmals ein sehr reflektiertes Verhältnis zu den Wissensgrundlagen und dem Umgang mit unterschiedlichen Wissenstypen.

Anmerkungen

1) Am 24. und 25. Juni 2004 fand ein erster Workshop statt, der sich mit einer ähnlichen Fragestellung auseinandergesetzt hat und bei dem es grundsätzlich um interdisziplinäre Methodologien ging (siehe Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis Heft 3, 13. Jg., Dezember 2004, S. 129-134).
2) Vorgestellt auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Humanökologie im Jahre 2003.
3) Dem Beitrag von Becker ist es zu verdanken, dass – bereits weiter oben – die Begriffe „Synthese" und „Integration" im Wesentlichen synonym verwendet werden.
4) Hierzu müssen an dieser Stelle keine weiteren Ausführungen erfolgen, da das Projekt in dieser Zeitschrift sowie durch eine Vielzahl von Publikationen bereits umfassend dargestellt wurde.

Literatur

Groß, M.; Hoffmann-Riem, H.; Krohn, W., 2005: Realexperimente. Ökologische Gestaltungsprozesse in der Wissensgesellschaft. Bielefeld: transcript

Jahn, Th., 2005: Soziale Ökologie, kognitive Integration und Transdisziplinarität. In: Technikfolgenabschätzung – Theorie und Praxis Heft 2, 14. Jg., Juni 2005, S. 32-38

Mainzer, K., 2005: Was sind komplexe Systeme? Komplexitätsforschung als integrative Wissenschaft. Augsburg (unveröffentlichtes Ms.)

Parthey, H., 1996: Kriterien und Indikatoren interdisziplinären Arbeitens. In: Balsiger, Ph.W.; Defila, R.; Di Giulio, A. (Hrsg.): Ökologie und Interdisziplinarität – eine Beziehung mit Zukunft? Wissenschaftsforschung zur Verbesserung der fachübergreifenden Zusammenarbeit. Basel: Birkhäuser, S. 99-112

Raskin, P.; Banuri, T.; Gallopín, G.; Gutman, P.; Hammond, A.; Kates, R.; Swart, R., 2003: Great Transition. Umbrüche und Übergänge auf dem Weg zu einer planetarischen Gesellschaft. Frankfurt a. M.: Materialien Soziale Ökologie (MSÖ) Nr.20; nur online zu bestellen unter http://www.isoe.de/shop/

Röbbecke, M.; Simon, D.; Lengwiler, M.; Kraetsch, C., 2004: Inter-Disziplinieren. Erfolgsbedingungen von Forschungskooperationen. Berlin: edition sigma

«

Beteiligung beim schweizerischen Standortauswahlverfahren für radioaktive Abfälle

Akzeptanz durch Partizipation?

Bern, 29. Juni 2005

Tagungsbericht von Thomas Flüeler, ETH Zürich

Unter dem Titel „Akzeptanz durch Partizipation?" luden das schweizerische Bundesamt für Energie (BFE) und das „Forum VERA" „Fachleute, Interessengruppen, Politiker/innen, Behörden und Gesuchstellende" zu einer Veranstaltung nach Bern ein. Die Veranstalter wollten diskutieren, „welche partizipativen Elemente bei Standortauswahlverfahren und der Realisierung von geologischen Tiefenlagern angewendet werden könnten".[1]

Amtsdirektor *Walter Steinmann* nannte im Begrüßungswort vier Eigenschaften, die die Langzeitlagerung radioaktiver Abfälle auszeichnen: 1. Produktion in Kernkraftwerken, 2. großes Gefahrenpotenzial, 3. dessen sehr langer Zeitraum und 4. kein sichtbarer Nutzen (etwa im Gegensatz zu den NEAT-Alpentunneln.[2] Die Fronten seien seit Jahrzehnten verhärtet, Entsorgungslager hätten keine Lobby und der beste Fall, der eintreten könne, sei, dass die letztlich Betroffenen „die Kröte schlucken". Nun sei ein neues Zauberwort aufgetaucht: Beteiligung. Nach dem französischen und niederländischen Nein zur EU-Verfassung befinde sich sogar die Europäische Union aktuell in der Krise und nutze Bürgerforen, da Wahlen, Abstimmungen und Sondagen nicht mehr genügten. Es bestehe die Hoffnung, durch Partizipation zu mehr Ak-

zeptanz bisher abgelehnter Projekte zu gelangen. An die Veranstaltung habe er die Erwartung herauszufinden, welche Beteiligungsmodelle in Frage kämen und welche Erfahrungen in vergleichbaren Verfahren bestünden.

Um es gleich vorwegzunehmen: Diese Erwartung wurde nicht erfüllt; dies konnte auch gar nicht innerhalb der vier Stunden geschehen, die diese Tagung dauerte. Es war nämlich die erste öffentliche Tagung zu dieser Thematik in der Schweiz überhaupt. 150 Personen sehr unterschiedlicher Herkunft nahmen teil – davon etwa ein Sechstel lokal und regional Betroffene. Und: Langzeitlagerung nuklearer Abfälle ist auch in der Schweiz eine Jahrzehnte alte hochkomplexe Kontroverse, die mit verschiedenen Rückschlägen, aber auch Neuentwicklungen verbunden ist.

1 "Gegenseitige Lernprozesse unabdingbar"

Mit seinem weit ausgreifenden Überblick zur Konfliktbewältigung dämpfte *Ortwin Renn* (Abteilung für Technik- und Umweltsoziologie, Universität Stuttgart) gleich zu Beginn überspannte Erwartungen. Unaufgeregt stellte er fest: „Dissens ist der Normalfall." Dieser werde zu einem sozialen Konflikt, wenn infolge unterschiedlicher Beurteilungen der Handlungsoptionen einer der Beteiligten beeinträchtigt werden könnte. Solches ist bei der Lagerung von hochtoxischem Abfall zweifellos der Fall. Zur höheren Legitimation von Entscheidungen sei hier die direkte Beteiligung von Betroffenen erforderlich. Denn mögliche Entscheidungen führen zu fühlbaren Ungleichgewichten zwischen Nutznießern und Risikoträgern, die Folgen der Entscheidungen sind auch unter Experten umstritten und mit den Entscheidungen werden zentrale Werte oder Präferenzen von Betroffenen verletzt. Damit wird klar, dass verschiedene Konflikte nebeneinander bestehen und entsprechende Diskurse geführt werden müssen: ein Wissensdiskurs um den Sachverhalt, ein Reflexionsdiskurs um dessen Interpretation und normative Beurteilung, ein Verteilungsdiskurs infolge der Ungleichgewichte und schließlich ein Gestaltungsdiskurs zur Bewertung der Handlungsoptionen. Konkret heiße das beispielsweise, dass ein Verteilungskonflikt nicht durch einen normativen Diskurs gelöst werden könne. Bereitschaft für „gegenseitige Lernprozesse" sei unabdingbar.

Am Beispiel des Konflikts um den geplanten Ausbau des Flughafens Wien erläuterte die selbständige Mediatorin und Konfliktberaterin *Ursula König* den fünf Jahre dauernden und insgesamt erfolgreichen Mediationsprozess. Er war vier Tage vor dieser Veranstaltung mit einem von über 50 Parteien unterzeichneten Vertragspaket und großem Sommerfest abgeschlossen worden (Kosten: ein bis zwei Prozent der veranschlagten Investitionssumme). Zuvor war jedoch zehn Jahre lang „Leidensdruck" aufgebaut worden. Der Vorstand des Flughafens habe seine Durchsetzungsmacht hoch eingeschätzt und sei „durch die Region getingelt", doch gleich nach seiner Abreise seien örtliche Bürgerinitiativen gegründet worden. Die Zuschreibung von „Böswilligkeit" beim jeweils Anderen habe vorgeherrscht. Das Beispiel zeige, dass Partizipation zwar mühsam, aber lohnend sei und dass Mediation auch im Großen funktioniere. Allerdings dürfe der Prozess kein Alibiprozess sein. Wertschätzung des Anderen, Fairness, Freiwilligkeit, Arbeitsbündnis und Kooperationswille seien ebenso Grundvoraussetzungen wie Transparenz.[3] Gleichzeitig bedeute Mitbestimmung aber auch Mitverantwortung.

Wie bereits Renn betonte auch *König,* dass ein entsprechender Prozess nur dann sinnvoll sei, wenn die Beteiligten Wahlmöglichkeiten entdeckten und nicht einfach in einer „Opferrolle" verharrten. Ebenso sei das Ergebnis allenfalls nur Konsens zum Dissens, denn es dürften nicht einfach Symptome angegangen werden, sondern Mediation komme einem „Management von Widersprüchen" gleich, das in eine Erweiterung der Handlungsmöglichkeiten münde. Professionelle Prozessleitung, klare Ziele und Dauer sowie der Einbezug von externen, von allen Beteiligten akzeptierten Experten sind weitere Erfolgsfaktoren einer Mediation. Eine Teilnehmerin machte die Vortragende auf deren Versprechen aufmerksam, etwas zum gescheiterten Mediationsversuch rund um den Ausbau des Flughafens Zürich zu sagen. Dieser Fall sei Grund legend anders gewesen, meinte König. Unter anderem sei der Konfliktstand anders, es habe keine Klarheit über die Rolle der Beteiligten geherrscht, es sei weniger Zeit zur Verfügung gestanden, und

man sei vor vollendete Tatsachen (z. B. ein neues Betriebsreglement) gestellt worden.

2 Region fühlte sich „im Regen stehen gelassen“

In einem dritten Block hatten zwei direkt Betroffene eine knappe halbe Stunde Zeit, Partizipation aus ihrer Sicht zu beleuchten. *Rolf Schenk,* Präsident der Gemeinde Trüllikon aus dem Zürcher Weinland und Mitglied der regionalen sog. Arbeitsgruppe Opalinus, war klar und offen: „Die Führung eines im Weinland allenfalls geplanten Projekts ‚Akzeptanz durch Partizipation' könnte nicht mehr auf der grünen Wiese begonnen werden. Vielmehr müsste der Start in einem schwierigeren Umfeld bereits vorgefasster Meinungen und Positionen erfolgen. Immerhin ist aber festzustellen, dass sich bisher im Weinland keine Fronten gebildet haben. Die Voraussetzungen, mit der Mehrheit der Bevölkerung in einen qualifizierten Meinungsbildungsprozess treten zu können, erscheinen schwierig, aber weiterhin möglich. Allerdings ist Benken zu einem Synonym geworden für das Schweizer Endlager oder gar das Schweizer Atomklo.“ Die Gemeinde und die Region hätten sich von den Kantons- und Bundesbehörden „im Regen stehen gelassen“ gefühlt. „Wir brauchen keinen Motivationstrainer, sondern auf Grund einer klaren Ausgangslage die Überzeugung, dass wir einen Beitrag zur Lösung eines nationalen Problems leisten sollen.“ Die sichere Entsorgung sei international zu überwachen und insbesondere die Bevölkerung einer Standortregion habe „Anspruch darauf, dass ein künftiger Endlagerentscheid von der obersten Landesbehörde überzeugend getroffen und getragen wird“.

Schenks Amtskollege aus Würenlingen, *Arthur Schneider,* stellte das Modell der (monetären) Abgeltung für den Standort des Zwischenlagers für radioaktive Abfälle vor und meinte lapidar: „Fair ist, wenn man auch die Nachbarn partizipieren lässt.“ Die Betreiberin ZWILAG sei „voll integriert und akzeptiert“. Anlässlich der Eröffnung 2001 hätten in Zeitungsinseraten über 30 kleine und mittlere Unternehmen ihren Dank an die Firma ausgesprochen. „Beim ersten Antransport gab es eine Protestaktion, seither laufen alle Transporte wie geplant und ohne weitere Störungen ab, was mit Sicherheit auch auf den großen Rückhalt in der örtlichen Bevölkerung zurückzuführen ist.“ Projekte versprächen dann Erfolg, wenn sie breit abgestützt seien und die „nötige Reife“ erlangt hätten.

3 “Eine Veranstaltung wie diese: in den USA oder in Deutschland nicht denkbar“

In einem vierten Block standen Wissenschaft, Politik und Verwaltung auf der Bühne. Sonja Wälti (Hertie School of Governance, Berlin) relativierte die Bedeutung der helvetischen Kernenergiediskussion, die anderswo nicht wahrgenommen werde. Einerseits – so Wälti - erschwere die dichte Besiedelung und Kleinräumigkeit die Endlagerlösung in der Schweiz. Anderseits seien die Verhältnisse überschaubar und es herrschten Konstanz und Stabilität sowie hohe Konsensbezogenheit. So bestünden weniger Berührungsängste als anderswo, denn „eine Veranstaltung wie diese wäre in den USA oder in Deutschland nicht denkbar“.

Kathy Riklin (Präsidentin des Forums VERA, Nationalrätin und Mitglied der Christlichdemokratischen Volkspartei) meinte mit Blick auf das Tagungsthema, Abstimmungen allein genügten nicht. Das neu geschaffene Kernenergiegesetz schaffe die Grundlage für die Mitwirkung der Bevölkerung: „Das Manko an Wissen verlangt nach Aufklärung.“

Der *Autor dieses Tagungsberichtes* gab zu bedenken, dass Beteiligung nie früh genug einsetzen könne und man im Fall des Zürcher Weinlandes dagegen schon verhältnismäßig spät dran sei. Er verwies zudem auf die „Konfliktlösungsgruppe Radioaktive Abfälle“ Anfang der 1990er Jahre; dort wären alle Regeln der Mediation verletzt worden. Dem hielt *Werner Bühlmann* (Abteilung Recht und Sicherheit im BFE) entgegen: Mit einem Sachplan wolle man nun zielgerichtet einen Prozess zu einem Auswahlverfahren starten, das in der zweiten Hälfte 2006 vom Bundesrat zusammen mit dem Entsorgungsnachweis zu genehmigen sei.

Franziska Teuscher (Nationalrätin, Grünes Bündnis, Verkehrs-Club der Schweiz) begründete ihr Misstrauen gegenüber neuen Aktivitäten damit, dass von den gleichen Akteuren, die jetzt den Weg über den Sachplan gehen wollen, zuvor eine weiter gehende Mitsprache der Bevölkerung (nämlich das Abstimmungsrecht) aus dem neuen Kernenergiegesetz gekippt

worden sei. Als einzige Möglichkeit bleibe nun die sogenannte Partizipation. Wie das Beispiel einer geplanten Autobahn durch das Walliser Rhônetal zeige, entstünden durch Beteiligung der Bevölkerung „bessere, umweltschonendere und eher akzeptierte Lösungen". Man wolle das Atommüllproblem in der Schweiz lösen, sofort, und nicht durch Export, aber die Nagra[4] sei der „verlängerte Arm" der Atomindustrie, man brauche als Gegenpol auch unabhängige Experten. Zudem gelte es, bestehende Ängste Ernst zu nehmen.

4 Lösung „nicht einfach aus dem goldenen Schuh hervorziehen"

In der Diskussion mit dem Publikum flackerte der sattsam bekannte Grabenkrieg auf: So standen einer „totalen Obstruktion der Elektrizitätswirtschaft" gegen die erneuerbaren Energien (Rudolf Rechsteiner, Nationalrat, Sozialdemokratische Partei der Schweiz) der „grassierende St. Florian mit dogmatischer Angstmacherei" (*Riklin)*[5] gegenüber. Angesichts der festgefahrenen Position, notabene der Kernenergiegegner, fragte sich *Bühlmann*: „Da kommen Zweifel an den Möglichkeiten der Partizipation auf. Ich möchte jedenfalls von den Experten wissen, wie da eine Mediation erfolgreich ablaufen soll." *Renn* entgegnete, man könne eine Lösung „nicht einfach aus dem goldenen Schuh hervorziehen – es braucht entsprechende Ausdauer bei der Partizipation".

„Akzeptanz durch Partizipation?" war das vorgegebene Generalthema der Tagung und widerspiegelt hohe Erwartungen, die in den Diskussionsvoten immer wieder aufschienen. Es sei „höchste Zeit". *Riklin* meinte: „Es ist feige, nach 30 Jahren Diskussion dieses Problem, das wir alle mitverursachen, jetzt nicht zu lösen". Allenthalben wurde und wird mehr erwartet als „Konsens über Dissens". Verwaltung und Politik haben es mit dem Instrument des Sachplans in der Hand, die Mitwirkung in einem Standortauswahlverfahren so zu regeln, dass ein gemeinsames Grundverständnis für das anstehende Problem geschaffen wird – und zwar unter Berücksichtigung der eingangs erwähnten Grundvoraussetzungen für einen wirklichen Dialog. Der bisherige technikzentrierte Ansatz ist gescheitert. Jetzt muss einem integrierten Ansatz eine Chance gegeben werden. Zielgerichtet, aber nicht überstürzt – denn beliebig viele Anläufe wird es nicht mehr geben können. Die Misserfolge werden von der Öffentlichkeit erinnert und sie machen die Rucksäcke von Verwaltung, Politik und Abfallverursachern immer schwerer.

Anmerkungen

1) Weiterführende Links zu dem Thema finden sich unter: Tagung http://www.entsorgungsnachweis.ch/news.php?userhash=502524&newsID=29&lID=1, BFE http://www.admin.ch/bfe, Forum VERA [Verantwortung für die Entsorgung radioaktiver Abfälle] (alternativer Tagungsbericht im Bulletin 2/05, http://www.forumvera.ch/bulletins.htm), Entsorgungsnachweis/Konsultation/Gremien sowie Sachplan http://www.entsorgungsnachweis.ch, Widerstand zum Zürcher Weinland http://www.klar-schweiz.com, http://www.klargegenatom.de.
2) NEAT steht für ‚Neue Eisenbahn-Alpen-Transversale' (*die Redaktion*).
3) Alle Protokolle, Gutachten und Arbeitsergebnisse zur Mediation am Flughafen Wien sind abrufbar unter http://www.viemediation.at.
4) Nagra steht für „Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle". Die Nagra ist die Schweizer Organisation, die für die Endlagerung radioaktiver Abfälle zuständig sein wird (*die Redaktion*).
5) Siehe dazu das Bulletin des Forum VERA.

«

New Paradigms in City Tourism Management

Reflections on the Legacy of the First World Tourism Forum

Istanbul, Turkey, 1-3 June 2005

by Krassimira Paskaleva-Shapira, ITAS

City tourism is one of the fastest growing tourism sectors in the world. The unexploited opportunities and the rising harmful effects on the urban communities, however, highlight the importance of dealing with the sector in relation to the urban economy, environment and social and cultural local specifics. One of the key challenges facing tourism and urban re-